

Unternehmer gegen Softwarepatentierung



Position zum Gierekbericht für 2006/2274(INI)

2. März 2007

Kenntnisse in die Praxis umsetzen: Eine breit angelegte Innovationsstrategie für die EU“ (2006/2274(INI)), Industrieausschuss (ITRE), verantwortlicher Berichtersteller MdEP Adam Gierek (PSE), Vorlage ITRE_PR(2007) 384517 vom 6. Februar 2007.

Patentfrei.de / Unternehmer gegen Softwarepatentierung informiert über die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen der deutschen Software- und Automationsbranche bezüglich eines Berichtsentwurfes im Umfeld des Lissabon-Prozesses.

Lissabon 2.0 : Weniger *Strategie* erreicht mehr

Mit zahllosen Dokumenten ist im Lissabonprozess der Wert der Innovation beschworen und Gegenstand von abgehobener strategischer Planung und Schlagwortschlachten geworden. Entsprechend ernüchternd und wenig greifbar bleiben die Resultate. Es zeigt sich, dass die Durchsetzung von Innovation zwar mit ordnungspolitischen Mitteln angeregt werden kann, aber nicht planwirtschaftlich von oben durch Agendaprozesse organisierbar ist.

Unsere europäischen Innovatoren treibt Inspiration, Kreativität und Wagemut. Bürokratie, Planung, Perfektionismus und Formalismen aller Art bedrohen dagegen Innovationstätigkeit. Es ist stets der Widerstand des Bestehenden, der Neuheiten an ihrer Durchsetzung hindert. Durch eine abstrakte Diskussion des Themas „Innovation“ entsteht noch keine Neuerung im Markt. In den neu geschaffenen Innovationsgremien setzen sich konservative Strategien durch, in Agendaprozessen werden innovative Vorschläge nach dem Prinzip der negativen Selektion verdrängt, denn Zeit ist ein knappes Wirtschaftsgut auf schnellen Märkten.

Aus diesem Grunde produzieren die bisherigen Strategiepläne vor allem weitere Strategiepläne oder manifestieren politische Fantasielosigkeit im Konkreten: 'Awareness raising' für dieses und jenes, z.B. eine Ermunterung zur Nutzung des Patentsystems über der Nachfrage des Marktes hinaus ohne institutionelle Reform, Vernetzungs- und Clusteringinitiativen, klassische Staatshilfen und breit angelegte Forschungsförderung, geschlüsselt nach den in Brüssel repräsentierten sektoralen Industrieinteressen.

Für uns im Mittelstand hat eine Erhöhung der Patentzahl durch Aufweichung von Qualitätsstandards negative Auswirkungen, weil eine *verkehrsfremde* und ungeeignete Anwendung des Patentsystems nicht mehr Innovation schafft, sondern ihre Diffusion behindert. *Mehr Patentschriften* generieren nicht *mehr Innovation*, auch wenn im politischen Umfeld viele diesem Irrtum erliegen. Dagegen verhindern tatsächliche und potentielle Patentrisiken sogar den Eintritt von jungen Unternehmen in neue Märkte.

2006/2274(INI) als ein Korrektiv

Der Gierek-Bericht mit seinem ambitionierten Ziel „Kenntnisse in die Praxis“ umzusetzen, ist mehr als ein weiterer Strategieplan, denn diesmal wird die Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben als Innovationsträger endlich anerkannt (Punkt 2) und eine pragmatische Linie deutlich. Das begrüßen wir als Initiative von Unternehmern aus der Software- und Automationsbranche.

Auch das Hervorheben von Ordnungspolitik kann nur unterstützt werden. Für uns ist die Minimierung von Risiken infolge von fehljustierten Rechtssystemen und der Abbau von Markteintrittsbarrieren für Innovatoren, mithin die *Bestreitbarkeit des Marktes*, ein vorrangiges

Unternehmer gegen Softwarepatentierung

ordnungspolitisches Interesse. Konkret stehen im Softwaremarkt und der Automationsbranche die *Interoperabilität*, die *Skalierbarkeit* und die *Vermeidung strategischer Abhängigkeiten* für dieses Ziel ein. Sie verhindern Infrastrukturmonopole und die Abschottung der Technologiemarkte, gegen die unsere Wettbewerbshüter durchsetzungsschwach ankämpfen, sobald sie sich bereits gefestigt haben.

Auch Europäische Normen und *Offene Standards* sind deshalb für uns zielkonform. Der Gierek-Bericht orientiert sich hierbei an den richtigen Kriterien aus dem Europäischen Interoperabilitätsrahmen (Punkt 21). Transaktionskosten müssen für uns verringert werden, damit sich bei uns Innovationen leichter entfalten können. Mehr Innovationsbürokratie ist kontraproduktiv und bindet knappe Unternehmer- und Tüftlerkapazität.

Patentfrei.de / Unternehmer gegen Softwarepatentierung begreift die Chance des Gierek-Berichtes als *Korrektiv zu den Lissabon-Aktivitäten der Kommission und der Mitgliedsstaaten*. Dabei wünschen wir uns vor allem Lösungen für die Probleme, die bei innovativen Mittelständlern durch die derzeitige Governanz der Patentsysteme verursacht werden und den politischen Prozess kompromittieren. Eine stärkere Beachtung und Anhörung von Wirtschaftswissenschaftlern zur Patentreform ist ratsam.

Von allen Seiten wird auf die Dringlichkeit von Reformen für mehr Qualität im Patentsystem hingewiesen. Die derzeitige Praxis der EPO ist unhaltbar und unverantwortlich. Für uns ist die Bekräftigung des Ausschlusses von Software nach dem Europäischen Patentübereinkommen von der tatsächlichen Patentierbarkeit notwendig, um auf dem Markt das Vertrauen zur Investitionen in urheberrechtlich geschützte Entwicklung zurück zu erlangen. Der Vorschlag, geeignete Alternativen zum Patentrecht zu suchen (im Bericht Punkt 16), folgt erst als ein zweiter Schritt.

Das politische Mandat in der Patentpolitik wiedergewinnen

Auch auf den vorliegenden Bericht 2006/2274(INI) hat der Herr Pompidou, der Leiter der Europäischen Patentorganisation (EPO), beim Abgeordneten Adam Gierek persönlich lobbyistisch interveniert. Für uns dokumentiert dies eine intolerable Verletzung seines Amtes und eine Beschädigung des Europäischen Gesetzgebers.

Erschütternd ist nicht allein diese Praxis des EPO-Präsidenten, sondern dass offenkundig eine Gewöhnung an dieses Verhalten auf europäischer Ebene eingetreten ist. Der Beförderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung im europäischen Rahmen ist damit kaum gedient. Unsere chinesischen Geschäftspartner haben ein Sprichwort, das auf die Einmischung von Patentanwälten und -behörden in die Patentreform passt: *Wer einen Sumpf trocken legen will, soll nicht die Frösche fragen*.

Das Übergewicht administrativer Akteure und Interessen in der Patentpolitik, die wiederholte Missachtung des Gesetzgebers, all das macht es schwer, zu einer wirtschaftlich-rationalen Ausrichtung der Patentpolitik zu gelangen. Der Mittelstand ist gezwungen seine Interessen mit persönlichem Einsatz neben der regulären Geschäftstätigkeit zu organisieren, während öffentliche Institutionen sich gegen Reformen abschirmen, den demokratischen Kontrollprozess umkehren und mit Kampagnen auf Staatskosten kleine und mittlere Unternehmer über ihre vorgeblichen Bedürfnisse „aufklären“.

Von den Nachstellungen der EPO bleiben auch zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Interessenvertretung nicht ausgespart. Im letzten Jahr hat unsere Unternehmerinitiative an der „ICT Taskforce“ der Generaldirektion Unternehmen in der Arbeitsgruppe „Geistiges Eigentum und Wettbewerbsfähigkeit“ teilgenommen. Während die Europäische Patentorganisation sogar als verantwortlich und federführend am gemeinsamen Dokument mitwirkte, wurden Beiträge aus dem Mittelstand abgelehnt, gekürzt, umgeschrieben und unsachlich ergänzt. Änderungen wurden, wenn überhaupt, nur nach mehrmaliger Intervention über die EU-Kommission durchgesetzt.

Unternehmer gegen Softwarepatentierung

Eine Ursache für die Einmischung der EPO in die Angelegenheiten der Wirtschaft mag darin liegen, dass die Europäische Patentorganisation wie ein gewinnorientiertes Unternehmen geführt wird, welches Umsatz mit Patenterteilungen an seine *Kunden*, die Anmelder von Patenten, macht. Diese Gewinnziele verfolgt ein an Patenterteilungszahlen gekoppeltes Kontrollsystem für die Prüfer, gegen das die Mitarbeiter bereits mehrfach auf die Streikbarrikaden gingen, sowie ein entsprechendes Provisionssystem für das Management. Allerdings spricht ihre überdimensionierte Administration dagegen, die Europäische Patentorganisation nach den KMU-Kriterien der EU als Unternehmen des Mittelstandes zu betrachten. Es ist auch deshalb schwerlich anzunehmen, dass die EPO die Interessenlage von KMU besser beurteilen kann als der Mittelstand selbst.

Mit ihrem Lobbying für ihren EPLA-Vertrag im Parlament widerlegt die EPO die Mär von der Unabhängigkeit der EPLA-Gerichtsbarkeit, die sie als Alternative zum sabotierten Projekt Gemeinschaftspatent lanciert hat. Das EPLA schafft eine von der EPO abhängige Gerichtsbarkeit, mit der sie ihre umstrittenen Umdeutungen des Europäischen Patentübereinkommens durchsetzen kann, und ihre Überführung in den zeitgemäßerer EU-Rechtsrahmen erschwert, und das EU-Gemeinschaftspatent für den Binnenmarkt verhindert.

Ein besonderes Ärgernis ist die irreführende „Gelbe Gefahr“-Argumentation von EPO-Präsident Pompidou an die Adresse unbedarfter Parlamentarier. Irreführend ist sie deshalb, weil im Patentrecht das Territorialprinzip gilt, und folglich Patentanmeldungen in den Märkten der Mitgliedstaaten für In- und Ausländer gleichermaßen offen stehen.

Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, dass im Bericht auf die Problematik der Patentgovernanz mit aller Deutlichkeit hingewiesen wird, und dem Ross, das seinen Reiter kommandieren will, die Zügel angezogen werden.

patentfrei.de ist eine Initiative kleiner und mittelständischer deutscher Unternehmen. Sie wurde 2004 gegründet, um Position gegen die hochumstrittene und letztlich vom EU-Parlament abgelehnte Softwarepatentrichtlinie zu beziehen. Über 650 Selbstständige, Gründer und Gesellschafter kleiner und mittelständischer Unternehmen haben die "Gemeinsame Erklärungen gegen Softwarepatentierung" der Initiative unterzeichnet. Im Sinne dieser Erklärung bezieht patentfrei.de auch weiterhin Position für die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen, deren vorrangige Sorge nicht der Schutz **durch** Patente, sondern der Schutz **vor** Patenten ist.

Offizielle Unterstützer von patentfrei.de – Unternehmer gegen Softwarepatentierung:



BVMW
Bundesverband
mittelständische
Wirtschaft



Berufsverband
Selbständige in
der Informatik e.V.

> **patentverein.de** <

Industrie-Fachverband
Motor-Sensor-Automation



Open Source
Automation
Development Lab